

Coronakrise: Das Problem heißt Kapitalismus

Das Virus fungiert in vielen Bereichen als eine Art Brandbeschleuniger. Wie alle Pandemien in der Menschheitsgeschichte trifft es auf gegebene politische, soziale und ökonomische Bedingungen. Das Corona-Virus schlägt in eine kapitalistische Ökonomie ein, die ihre letzte große Krise mit Mühe und Not verschoben hat. Die Wirtschaft, die jetzt so tut, als seien sie unverschuldet durch die Pandemie in neue Nöte geraten, standen ohnehin schon angeschlagen da. Man kann sicher sein: Sie werden aus der Not eine Tugend machen und die Gunst der Stunde nutzen.

Während das Gesundheitssystem in Deutschland Jahrzehnte lang durch Privatisierung kaputt gespart wurde, machen der Staat und die EZB nun in Windeseile Milliarden für die Wirtschaft locker. Der Großteil dieser Maßnahmen dient für den Erhalt der seit längerem schwächelnden Wirtschaft und wird aus Steuergeldern finanziert. Gleichzeitig wird das Virus genutzt, um jetzt Druck auf die Löhne auszuüben (Kurzarbeiteregeld, etc.) und auch die Umgehung des Kündigungsschutz wird wohl bald auf die Agenda kommen.

Im Inneren bedeutet Corona eine Einschränkung der Grundrechte. In Deutschland setzt sich die in den Polizeiaufgabengesetzen eingeschlagene Richtung fort (Übermittlung von Handydaten durch die Anbieter an Ämter und Sicherheitsbehörden). Wie ernst es dem Staat mit dem Schutz der Bevölkerung ist, zeigt die Tatsache, dass selbst in nicht systemrelevanten Betrieben teilweise noch gearbeitet wird, anstatt die Mitarbeiter*innen bei vollem Lohnausgleich zuhause zu lassen! Dies lässt die Ausgangsbeschränkungen in einem ganz anderen Licht erscheinen, was sich dadurch verdeutlicht, dass sich zwar nicht mehr als zwei Menschen im öffentlichen Raum treffen dürfen, die Regel aber nicht für die Lohnarbeit gilt, wo lasch die „Arbeitgeber“ aufgefordert werden, irgendwie für Gesundheit zu sorgen. Auch hier gilt: **Profit und "Sicherheit" vor Gesundheit.**

Die Tragik der Situation ist, dass die durch das kapitalistische System entmündigte Gesellschaft den Ausnahmezustand und die Zwangsmaßnahmen geradezu braucht. Das zum Egoismus herangezogene, nur auf sich achtende Individuum kann ohne den Befehl des Staates keine gemeinschaftlich solidarische Handlungsperspektive entwickeln. Mit falschen Solidaritätsbekundungen soll das langfristige Ausmaß der Krise beschönigt werden.

Ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl wird von Medien und Regierung suggeriert, während die ärmsten der Armen an den EU Außengrenzen ihrem Schicksal selbst überlassen werden. Auch im Inland wird die Situation für sozial Schwächere immer schwieriger dadurch das zahlreiche Hilfsangebote eingestellt oder zurückgefahren werden, z.B. Schließung der Tafeln. Es braucht dringend mehr Raum, unter anderem um die Ansteckungsgefahr zu verringern, und diesen Raum gibt es: in den derzeit leerstehenden Hotels!

Dies alles darf nicht widerstandslos hingenommen werden. Vertrauen, Respekt und internationale Solidarität sind wichtige Voraussetzungen um gemeinsam solch eine Krise bewältigen zu können.

Make the rich pay!

La Resistance

Artikel, Tipps, Mitmachen: <https://lara.noblogs.org/>
schreibt uns gerne an: larainfo@mail36.net

